



DGB Bundesvorstand • Postfach 11 03 72 • 10833 Berlin

Herrn
Tobias Kaphegyi
DGB-Region Südwürttemberg
Gustav-Werner-Straße 25
72762 Reutlingen

**Abteilung Grundsatzangelegenheiten und
Gesellschaftspolitik**

Unsere Zeichen
GEG-kb/hss

Lieber Kollege Kaphegyi ,

für dein Schreiben an Michael Sommer danke ich dir. Ich will dir in seinem Namen antworten. Um es gleich vorab zu sagen: es gibt keine neue Politik oder Neuausrichtung des DGB in Sachen Bundeswehr und auch nicht in grundsätzlichen Positionen zum Thema Krieg und Frieden. Wir haben eine klare Beschlusslage zu Auslandseinsätzen und dem Thema „Bundeswehr im Innern“. Anderes aus einigen wenigen Artikeln oder einer kurzen Pressekonferenz herauszulesen ist ziemlich gewagt. Übrigens ist der Besuch auch nicht mit dem Ziel organisiert worden, eine gemeinsame Erklärung zu erarbeiten. Das ergab sich erst im Laufe des Gespräches. Und es ist jetzt schon klar, dass in eine solche Erklärung auch all die Themen einfließen werden, bei denen wir sicherlich anderer Meinung sind als die Spitze des Verteidigungsministeriums.

Doch nun zur Sache: Zunächst einmal ist es sicherlich so, dass der Besuch des Bundesverteidigungsministers im DGB-Bundesvorstand überraschend sein mag – er ist aber auch nur auf den ersten Blick ungewöhnlich. Denn erstens hat es bereits früher Gespräche des DGB-Bundesvorstandes mit den Vorgängern von Herrn de Maizière gegeben. Auch wenn es seit dem letzten Besuch eine lange Pause gegeben hat.

**Deutscher
Gewerkschaftsbund**

Bundesvorstand

Hausanschrift:
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

Postanschrift:
Postfach 11 03 72
10833 Berlin

Telefon: 030 – 24 06 00
Telefax: 030 – 24 060-405

Durchwahl: 030 –24 060-**280**

e-mail: konrad.klingenburg@dgb.de

Datum
15.04.2013



Und zweitens ist die Bundeswehr einer der größten Arbeitgeber und Ausbilder der Bundesrepublik. Und der DGB hat die Interessen aller seiner Mitglieder, aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, zu vertreten und diese nicht in gute oder schlechte zu unterteilen.

Das Gespräch hat nur eine Woche nach dem 80. Jahrestag der Machtergreifung der Nationalsozialisten stattgefunden und wir haben den Minister mit allem Nachdruck daran erinnert, dass die tiefe Verankerung der Streitkräfte in der Gesellschaft auch eine Lebensversicherung der Demokratie ist. Mit dem „Staat im Staat“ haben wir sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Der Staatsbürger in Uniform, die „innere Führung“, beide haben keine lange Tradition in unserer Geschichte. Und da der DGB schon seit Jahrzehnten eine klare Position hat, die die Bundeswehr als Teil unserer Gesellschaft und Demokratie anerkennt, müssen wir diese Errungenschaften gemeinsam erhalten und gegen die Feinde der Demokratie immer wieder verteidigen. Das bedeutet übrigens auch, dass Soldatinnen und Soldaten sich gewerkschaftlich organisieren, ihre staatsbürgerlichen Rechte offensiv wahrnehmen und hierzu von ihrem Arbeitgeber ermuntert werden. Bei diesen Themen ist der Minister mit uns einer Meinung. Das gilt auch und besonders für die Bekämpfung rechtsradikaler Umtriebe in der Bundeswehr.

Natürlich geht es bei aktuellen Themen auch sehr kontrovers zu, z.B. bei den Auslandseinsätzen, dem Auftreten von Jugendoffizieren in Schulen oder auch der Bundeswehr-Reform. Diese Dinge sind im Gespräch mit dem Minister offen angesprochen worden. Der DGB war immer Kritiker des Afghanistan-Einsatzes, umgekehrt aber immer ein Verfechter der Wehrpflicht – beides wird von vielen Kolleginnen und Kollegen im DGB geteilt. Und dazu haben wir wie eingangs schon erwähnt eine klare und eindeutige Beschlusslage, die nicht durch ein Gespräch verändert wird und die in den Protokollen unserer Bundeskongresse nachgelesen werden kann. Auf dieser Grundlage eine auch von dir geforderte Debatte über die deutsche Außenpolitik zu führen würde Sinn machen – wir sind zu Diskussionen gerne bereit, solange diese auf einer vernünftigen Basis und nicht auf Unterstellungen und Verratsvorwürfen angelegt sind, die manche (nicht du) uns machen.



Klar ist: Als Interessenvertretung der arbeitenden Menschen müssen wir z.B. bei der Reform der Streitkräfte auch an Standortschließungen und deren massive Auswirkungen gerade in strukturschwachen Regionen denken. Hier geht es um die Schicksale vieler Menschen, auch vieler unserer Mitglieder (überwiegend von ver.di), um ihre Zukunftsperspektiven und Lebensplanung. Sollen wir uns anmaßen sie weniger ernst zu nehmen, nur weil sie als Zivilbeschäftigte bei der Bundeswehr gearbeitet haben? Oder andere in der wehrtechnischen oder meinetwegen Rüstungs-Industrie?

In den vergangenen Monaten sind aber auch viele Themen in den Vordergrund gerückt, die wir in einer sehr konstruktiven Atmosphäre bereden konnten, weil wir Menschen helfen wollen, die unsere Hilfe nötig haben. Es geht hier z.B. um die Integration von ausscheidenden Soldatinnen und Soldaten in den Arbeitsmarkt. Das ist gewerkschaftliches Kerngeschäft, denn es geht um Qualifizierung und die Integration von Beschäftigten, die schon ein gewisses Lebensalter erreicht haben und die dringend gebraucht werden in einer Zeit, in der das ganze Land über Fachleutemangel diskutiert.

Und noch ein anderer Punkt: die Entscheidung über Auslandseinsätze hat der Bundestag gefällt. Sollen wir nun die Menschen bestrafen, die die Umsetzung dieser Beschlüsse zu leisten haben? Oder sollen wir ihnen dabei helfen, mit den Folgen der Auslandseinsätze besser zu Recht zu kommen? Wenn wir von Belastungen im Job reden - dann auch und gerade in diesem Zusammenhang. Denn der Anteil der bei Auslandseinsätzen geschädigten Soldatinnen und Soldaten, Polizistinnen und Polizisten sowie im Ausland eingesetzten Zivilbeschäftigten liegt zwischen 5 und 10 Prozent aller Eingesetzten. Wir reden hier also auch über Tausende Menschen und ihre Familien. Darunter sind wegen der sich verändernden Struktur der Einsätze immer mehr Zivilbeschäftigte. Zu sagen damit haben wir nichts zu tun, weil wir die Einsätze insgesamt ablehnen – das ist zu einfach.

Natürlich kann man sich auf den moralisch sogar begründbaren Standpunkt zurückziehen und sagen: ich will mit Militär und allem was damit zusammenhängt nichts zu tun haben. Das aber ist nicht unser Ansatz und er ist es ehrlich gesagt auch nie gewesen.

Es bedeutet nämlich auch, Menschen, die sich aus freien Stücken oder vielleicht sogar aus Überzeugung für einen bestimmten Beruf entschieden haben, allein zu lassen und sie als weniger wichtig oder moralisch gesprochen gut anzusehen als andere. Das wollen und werden wir nie machen. Denn es ist nicht unsere Aufgabe, die Entscheidungen von Menschen zu bewerten, sondern es ist unsere Aufgabe, ihre Interessen zu vertreten. Und wo ziehen wir die Grenze: vertreten wir Beschäftigte in AKW's nicht mehr oder in der Futtermittelindustrie? Ähnliche Forderungen wurden uns geschickt.

Unter dem Strich bleibt, dass es gerade auch aus gewerkschaftlicher Sicht wichtig ist, das Gespräch mit dem Bundesverteidigungsminister zu suchen. Reden heißt nicht automatisch nach dem Mund reden. Und wie sollten wir gerade jemanden für unsere Themen gewinnen, der nicht immer unserer Meinung ist, wenn wir nicht mit ihm sprechen? Wir geben dabei keinen Millimeter unserer Grundpositionen und unserer Überzeugungen auf. Und es bleibt dabei, dass gerade der DGB seine Lektionen aus zwei Weltkriegen und dem Faschismus gelernt hat. Die wichtigste Lektion heißt Einheit und nie wieder Spaltung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Mit freundlichen Grüßen



Konrad Klingenburg

Abteilungsleiter Grundsatzangelegenheiten
und Gesellschaftspolitik